

Vossische



Zeitung

Geogr. Nr. 1

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Einzeln- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Littorische Umschau“. — Mittwoch: „Röise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis: 25 Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Ver kündigungen für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bornhard, Verantw. Redakteur (im Amn. d. Handeltreibl.): Carl Misch, Berlin, Ueberl. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Post bezahlt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3665, für den Perlatenkau Amt Dönhofs 3666-3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheinigung Berlin 4860.

Auswandererernot auf dem Höhepunkt Der zwangsweiße Rücktransport der deutschen Bauern beginnt

Moskau, 18. November / Ullstein-Nachrichtendienst
Die noch vor wenigen Tagen als unausdenkbar jurisdiktive Vorstellung, daß weit über 10 000 deutsche Bauern, die aus Ausland auswandern wollten, zwangsweiße wieder nach dem Innern des Landes zurücktransportiert werden würden, scheint Tatsache zu werden. Das Jagen der deutschen Arbeitlosen, die deutschen Bauern weitläufig vorübergehend, d. h. bis ihre Weiterreise nach Kanada gelöst ist, in deutschen Auswandererlagern unterbringen, läßt die bestirzte Katastrophe für die unglücklichen Auswanderer in greifbare Nähe rücken.
Die Gewerkschaften, die angeblich aus sanitären Gründen nicht mehr in der Lage ist, die Tausende in größter Enge und in unangenehmen Quartieren in der Nähe der Hauptstadt zu beherbergen, hat in den letzten Tagen auf eine Entschädigung aus Berlin gewartet, um eventuell den Rücktransport der Auswanderer nach Deutschland durchzuführen.
Die diese Entschädigung immer noch nicht erfolgt ist, beginnt es jetzt, die Flüchtlinge in Transporte zusammenzufassen, um sie teils freiwillig, teils zwangsweiß in ihre Heimatorte zurückzuführen. Für die deutschen Bauern bedeutet das ein fortgesetztes Schicksal, das für sie abgewandert sind, nachdem ihre Existenzgrundlage in ihrem bisherigen Heimatort verlorengegangen war. Jetzt sollen sie dort als völlige Bettler zurückkehren.

Reichshilfe beschlossen

Gestern hat endlich das Reichskabinett beschlossen, entsprechend den Vorschlägen der Reichsleitung eine Reichshilfe zum Rücktransport und notwendigen Aufenthalt in Deutschland der in Moskau angekommenen deutschstämmigen Kolonisten herbeizuführen. Zum Reichskommissar für die Betreuung der Kolonisten wurde der Reichsstaatssekretär Graf v. Helldorf, der ähnliche Aufgaben bereits mit Erfolg geleitet hat, ernannt. Es wird also hoffentlich mit der größten Beschleunigung zu den armen Menschen eingegriffen werden. Wenn die Hilfsmaßnahmen sich programmatisch durchführen lassen, so ist mit der Unterbringung von etwa 6000 Bauern in Kanada zu rechnen. Voraussetzungen sind für ihren Transport der deutsche Staat über die Hälfte zu zahlen, so daß je alle Deutschen nicht paßieren würden. Ein anderer Teil der Auswanderer wird voraussichtlich nach Brasilien gehen und sich in den deutschen Siedlungen niederlassen können. Der Rest der Flüchtlinge wird zunächst in den noch bestehenden deutschen Flüchtlingslagern überwinteren; eine einjährige Entschädigung über ein weiteres Schicksal wird erst im Frühjahr möglich sein.

Die Lehre

von
Julius Elbau

Vor einigen Wochen ist der große Erfindungs-Roman eines deutschen Dichters in einer billigen Weltausgabe erschienen, und Sundertausende haben sich besorgt, das Buch in ihre bescheidenen Wohnungen zu tragen. Sundertausende, die sich von dieser Veltüre doch wirklich keine Genugtuung verschaffen können, Sundertausende, denen auch der billige Preis noch nicht genügt, haben sich Sundertausende, die der Willig gerührt und abhört, Sundertausende, denen noch allem „höchste Glück der Erdentinder“ die Persönlichkeit nicht abhört.
Das muß man sich vergegenwärtigen, wenn man das Schicksal überdacht, aber das ein diesem Sonntag mit Pauken und Trompeten die Wohlmeinenden in den Straßen, Häfen und Gassen. Das ist viel zerpflückt worden, und das Ergebnis kam keinen befriedigen, dem Wahl, Wahlvorbereitung und Mandatsauslösung, nur dann über die Bestimmung zu erfüllen, wenn die der Erziehung der Nation zur Selbstverantwortung und zur Selbstbehaltung dienen.
Das Bild ist wirklich verheißend. Aber gemeinsam ist der Glaube der Unwissenheit großer Wohlwollenden, die ihn und der schwebenden, ohne rechten Glauben in die großen Töne und doch ohne inneren Widerstand gegen ihre Verdichtung.
Es war ein Großwahnsinn, Tausende von Stadtbewohnungen wurden neu gewählt, vor allem auch in den großen Städten im Westen, die neu gruppiert waren und noch nicht völlig zusammengehörig sind. Gemeindegrenzmormalungen in den Gebieten des Ostens, in denen die Bezirke aufgehoben wurden. Dazu neue Kreisstädte —, neue Kreisverwaltungen. An sich schon eine schwere Aufgabe für den Staatsbeamtenbürokraten, der jetzt mit dem Berufswort versehen wird, was ihm an Einfluß auf die öffentlichen Dinge verleiht ist. Doppelte Verlust durch das Kreisverwaltungs, das auch die Entscheidung über wichtige Dinge des persönlichen Charakters entzieht. Breiten können durch die politische Färbung, die auch die Entscheidungen im kleinen und mittleren Kreise zu Fragen der Weltanschauung aufwirft; kein Wunder, daß Tausende von Vätern und Pädagogen die Verantwortung über die Zukunft der Nation zu tragen, die die Entpflichtung der Wähler nicht nur den Abhängigen Interessen hervorruft, sondern gerade auch bei den bedenklichen Wählern.
Die Politik und die Anwendung entsprechender Agitationsmaßnahmen. Für die Veränderung aller dieser Kräfte, macht sie zu Kraftproben der Mangelangewohnungen, verurteilt alle sozialen Gesichtspunkte und verurteilt den Gemeindeglied, der die Arbeit im Rathaus, im Kreis und in der Provinzialverwaltung leisten soll. Die politische Arbeit, die an profunde Weltanschauung gebundene Vermutung, der Ausgleich der Interessen, die Entschädigung der Enttäuschten, die Sorge um die Eingliederung der Entzugenen, die Arbeit für eine bessere Zukunft, für ein Zusammenwirken von Stadt und Land, all das geht unter in dem Kampfspiel.
Und die Jugend, auf der die Zukunft eines demokratischen Staatswesens beruht, wird in diesem Kampf hineingeworfen, allzu früh und allzu hoch. Sie kennt nur Erheblichkeit der Arbeit, sie kennt nur die Wohlwollenden hoffen, die in anderen Tagen liegen. Wird ertragen zur Veränderung aller Verhältnisse, alles Gemeinheitsstreben.
Es ist in Berlin gewählt und gewählt worden mit dem Vertrauen und Selbstvertrauen, das zur aufsteigenden Entwicklung jedes Gemeinwesens nötig ist. Die Verantwortlichen und die Verantwortlichen arbeiten sich gegenseitig in die Hände, um die Möglichkeit der Vermutung für ihre negative, kleine Verantwortlichkeit, wenn die Verantwortlichen und in vollen Zügen leisten dabei die Preise des beherrschenden Augenblicks, von der niemand mehr folgen kann, ob es noch der bestmöglichen Sache dient oder dem als Sozialismus bezeichneten nationalstaatlichen Wohlstand. In dem Sinn dieser Agitation gilt alles unter, das in die alte Hilfe verpackt. Und das Ergebnis war ein tiefer Wehewerd der aufstrebenden Schichten, die, erte gemacht und erteigert, sich fern hielten. Der Sturm auf das „rote und weiße“ der eine Agitation, die Weltweit für sich selbst, erbeutet mit einer Veränderung der sozialistischen Kommunisten Wehheit unter Zurückdrängung der Hausbesitzerlichen Sozialisten.
Es werden die Reichsleitung und gewählt worden mit dem Vertrauen und Selbstvertrauen, das zur aufsteigenden Entwicklung jedes Gemeinwesens nötig ist. Die Verantwortlichen und die Verantwortlichen arbeiten sich gegenseitig in die Hände, um die Möglichkeit der Vermutung für ihre negative, kleine Verantwortlichkeit, wenn die Verantwortlichen und in vollen Zügen leisten dabei die Preise des beherrschenden Augenblicks, von der niemand mehr folgen kann, ob es noch der bestmöglichen Sache dient oder dem als Sozialismus bezeichneten nationalstaatlichen Wohlstand. In dem Sinn dieser Agitation gilt alles unter, das in die alte Hilfe verpackt. Und das Ergebnis war ein tiefer Wehewerd der aufstrebenden Schichten, die, erte gemacht und erteigert, sich fern hielten. Der Sturm auf das „rote und weiße“ der eine Agitation, die Weltweit für sich selbst, erbeutet mit einer Veränderung der sozialistischen Kommunisten Wehheit unter Zurückdrängung der Hausbesitzerlichen Sozialisten.

Wüste Studenten-Erziehe in Prag Sturm auf ein Studentenheim

Prag, 18. November / Ullstein-Nachrichtendienst
Die erneuten Ausschreitungen der deutschstämmigen Studenten an den letzten beiden Hochschulen Prags, über deren Beginn bereits berichtet wurde, und die am Nachmittag auch auf die tschechische Universität übergriffen, erreichten abends gegen 8 Uhr eine furchtbare Spitze. Deutschstämmige und, wie es scheint, auch tschechische tschechische Studenten griffen das internationale Studentenheim in Altberech, das sogenannte Studentenklub Domo, an. Dieses Studentenheim beherbergt gegen 1650 Studenten aller Nationen (250 Deutsche, 600 Tschechen und Slowaken und 400 Juden neben Ungarn, Ukrainern, Russen und Amerikanern). In seinem Erdgeschoss gelang es den tschechischen Studenten, einzudringen. Zusammen mit den bereits im Studentenheim wohnenden nationaltschechischen Studenten verdrängten sie die Juden hinausgeworfen. Diese hielten sich mittlerweile in ihrem Zimmer verbarbariert.
Der Sturm des Studentenheims gelang es zusammen mit wenigen Polizisten, die ersten Eindringlinge hinauszuwürgen.

In demselben Augenblick erschien aber der Haupttrupp der nationaltschechischen Studenten, etwa 600 Mann stark, mit Säcken, Knütteln und Fackeln bewaffnet, und verdrängten das Studentenheim zu füllen. Zum Glück erschien in diesem Augenblick auch Polizeiverwaltung.
Es kam zu einer Schlägerei, in der es der Polizei gelang, nach heftigem Kampf die nationaltschechischen Studenten auseinander zu treiben. Diese vertrieben aber natürlich von anderer Seite her in das Studentenheim einzudringen. Aber auch diesmal gelang es der Polizei, die Eindringlinge endlich zu zerstreuen. Bei dem Zusammenstoß gab es zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten. Der größte Teil der Deutschstämmigen zog sich hier auf in das Heim „Germania“ des deutschstämmigen Zentralvereins zurück.
Die Ursache für die Ausschreitungen sind die völlig ungenügenden Verhältnisse in den Hochschulen, die einen normalen Lebensbetrieb nicht zulassen. Die tschechischen Studenten wollen mit Gewalt die Zurückdrängung der „nationaltschechischen“ Studierenden erreichen. Die Presse aller Richtungen verurteilt die Demonstration, weist aber darauf hin, daß die Unversitäten im Ost viel zu gering doriert sind.

Am acht Tagen wieder Reichstag

Der Reichstag des Reichstages trat am Sonntag zu einer einstufigen Sitzung zusammen, um die Geschlossenheit des Reichstages zu betonen. Beschlossen wurde, am 20. und 27. November den Auswärtigen Ausschuss zusammenzurufen, um zu den in Vorbereitung befindlichen Verträgen mit Polen Stellung zu nehmen. Am Mittwoch, dem 20. November, soll dann das Plenum die erste Sitzung abhalten. An diesem Tage sollen keine Beschlüsse beraten werden. Der Reichstag wird dann mehrere Plenarsitzungen bis zum 30. oder 31. Dezember abhalten und seine Arbeiten nur am 6. und 7. Dezember unterbrechen wegen der Landtagsarbeiten in Thüringen und der Gemeindevahlen in Bayern.
Am 28. November soll das sogenannte „Freiheitsgesetz“ (Saugenbeschehen) in Angriff genommen werden. Die Regierungsparteien glauben, es in drei Tagen ohne Ausschüßberatungen erledigen zu können. Die Deutschnationalen aber wollen beantragen, einen besonderen Ausschuss für Durchberatung des Gesetzes einzusetzen.
Eine allgemeine außerparlamentarische Aussprache wurde von den Deutschnationalen und Kommunisten gewünscht. Es soll

aber vorher erst über die Zweckmäßigkeit mit dem Reichsstaatsminister verhandelt werden. Weiter sollen vor den Reichstagsarbeiten noch eine Anzahl Gesetze erledigt werden, die dem Reichstag bisher noch nicht zugegangen sind, u. a. das Republik-Schutzgesetz, das Gesetz über die Renten der Stabesoffiziere, das sich noch im Auswurf befindet, die Zollreue, das Gesetz zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und ein Reichsauslieferungsgesetz.

Am Donnerstag erste Saar-Verhandlung

Die französische Regierung hat nunmehr offiziell bei der deutschen Regierung angefragt, ob es ihr genehm ist, daß die deutsch-französische Saar-Kommission ihre Arbeiten am 21. November beginnt. Im bisherigen Falle sollte sie vor, die Eröffnungssitzung am kommenden Donnerstag um 11 Uhr vormittags im Gebäude des Pariser Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten stattfinden zu lassen. Wahrscheinlich wird Brand selbst die Verhandlungen eröffnen.